GLOBAL 30.08.2017 | Emily Winterbotham & Michael Jones

Kein Sündenbock für den internationalen Terrorismus

Wer die Schuld am islamistischen Terror allein auf Saudi-Arabien schiebt, entlässt die westlichen Regierungen aus ihrer Verantwortung.

Im Laufe der sich zuspitzenden Krise zwischen den Monarchien in der Golfregion hat Saudi-Arabien am 5. Juni die diplomatischen Beziehungen zu Katar aufgekündigt. Der Schritt wurde mit dem Vorwurf begründet, Katar habe es versäumt, seine Unterstützung radikaler Islamisten zu beenden. Damit ist der Streit über die Unterstützung von Terrorismus in der Golfregion neu entfacht. Allerdings sieht sich Saudi-Arabien als Exporteur des Wahhabismus, einer besonders strengen Auslegung des Islam, selbst häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, Schuld an der Ausbreitung des internationalen Terrorismus zu tragen. Diesem Narrativ zufolge haben Jahrzehnte transnationaler Missionierungsbemühungen der Saudis, durch ihre Ölmilliarden finanziert, das Fundament für Al-Qaida, ihre Sympathisanten und gleichgesinnte Konkurrenten gelegt, wie auch zuletzt den sogenannten „Islamischen Staat“. Diese Interpretation des saudi-arabischen Handelns und die Suche der mutmaßlichen Wurzeln des gewalttätigen Extremismus im Wahhabismus lenkt allerdings von den komplexen politischen, ökonomischen und psychologischen Gründen ab, aus denen sich Menschen entscheiden, terroristischen Organisationen beizutreten – und läuft so letztendlich Gefahr, die Bemühungen gegen den Terrorismus zu untergraben.

Nach dem 11. September 2001 haben viele Politiker, Wissenschaftler und Journalisten die ideologische Infrastruktur des zeitgenössischen Dschihadismus zurück nach Riad verfolgt, eine naheliegende Folgerung, da 15 der 19 Flugzeugentführer saudische Staatsbürger waren. Entsprechend wurde das Königreich als finanzieller, materieller und diskursiver Förderer religiöser Militanz in der muslimischen Welt portraitiert. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Verbreitung des Wahhabismus, der häufig als Teil des Salafismus dargestellt wird, also des Zweigs im sunnitischen Islam, der (irrtümlich) zum Synonym für den gewalttätigen Extremismus geworden ist.

Saudische Vertreter widersprechen dieser Sichtweise und verweisen auf die führende Rolle des Königreichs im Kampf gegen den Terror. Saudi-Arabien ist eines der 68 Mitglieder der Internationalen Allianz gegen den „Islamischen Staat“, leitet zusammen mit den USA und Italien die Counter-ISIL Finance Group, ist Mitglied des Global Counter-Terrorism Forum, das als Instrument der globalen Antiterror-Strategie der UN implementiert wurde, und weihte im Mai in Riad ein neues globales Zentrum für die Bekämpfung extremistischer Ideologien ein. Darüber hinaus ist der Salafismus historisch gesehen apolitisch und die überwiegende Mehrheit der Salafis ist friedfertig. Viele militante Islamisten haben wenig mit dem saudischen Wahhabismus zu tun: Die afghanischen Taliban folgen etwa der deobandischen Strömung des Islam.

Nichtsdestoweniger begründet sich die Legitimation der saudischen Monarchie zum Teil aus ihrer Rolle als Förderer des Wahhabismus, wie auch der Rolle des Königreichs als Hüter der Pilgerstätten Medina und Mekka, die jährlich von Millionen besucht werden. Der Wahhabismus ist eine exklusivistische islamische Doktrin, die erstmals im 18. Jahrhundert durch den Prediger Muhammad ibn Abd al-Wahhab propagiert wurde. In einer Art „faustischem Handel“ hat Saudi-Arabien die Kontrolle der Justiz, des Bildungssystems und der „gesellschaftlichen Moral“ an ein ultrakonservatives religiöses Establishment abgegeben, um im Gegenzug seinen Segen zu empfangen. Das Königreich setzt auch weiterhin auf eine Symbiose zwischen dem Regime und den Ulama, dem Rat der höchsten Religionsgelehrten. Die Außenpolitik wird völlig von innenpolitischen Abwägungen dominiert und verbreitet den Wahhabismus international, um gleichzeitig die Kleriker zufriedenzustellen und den politischen Einfluss der Saudis auszuweiten.

Großzügig aus seinem Reichtum schöpfend hat das Regime versucht, seine politische Legitimität auszubauen, indem es die seiner ideologischen Rivalen untergräbt.

Seit den 1960ern, und durch die Ölgewinne der 1970er noch einmal beschleunigt, verfolgt die saudische Monarchie dieses Vorhaben, indem sie islamische Finanz-, Wohltätigkeits- und Bildungsorganisationen rund um die Welt unterstützt und Prediger, lokale Religionsverbände sowie die grenzübergreifende Verbreitung theologischer Literatur finanziert. Großzügig aus seinem Reichtum schöpfend hat das Regime versucht, seine politische Legitimität auszubauen, indem es die seiner ideologischen Rivalen untergräbt – insbesondere Gamal Nassers sozialistisch inspirierten arabischen Nationalismus – und sich selbst im Zentrum einer alternativen, pan-

islamischen Ordnung positioniert. Westliche Staaten unterstützten diese Aktivitäten, weil man sie als Gegenbewegung zu einer fälschlicherweise wahrgenommenen lokalen Ausprägung eines sowjetisch unterstützten Kommunismus ansah.

Mit der schiitisch-islamischen Revolution von 1979 in Iran akzentuierte sich diese Dynamik, weil sich ein Rivale um den Führungsanspruch innerhalb der muslimischen Welt etablierte. Dieser Gegenentwurf einer islamischen Führerschaft, ergänzt um innenpolitische Abwägungen, veranlasste Riad dazu, den Export des Wahhabismus zu intensivieren und die Mobilisierung militanter sunnitischer Gruppen auszuweiten, um so seine religiöse Glaubwürdigkeit zu konsolidieren und den iranischen Einfluss einzudämmen. Die seitdem ständig wiederkehrenden Zyklen des strategischen Wettbewerbs zwischen Saudi-Arabien und Iran sind einer der Gründe für die auftretende Gewalt in muslimischen Gemeinschaften und auch für die derzeitigen Krisen in Syrien und im Irak.

Gleichzeitig haben sich Riads Maßnahmen auf Teile von Asien, den Balkan und anderswo ausgewirkt und die religiöse Kultur in „eine ausgesprochen konservative Richtung“ verschoben. Sie haben interkonfessionelle Spannungen verschärft, Gesellschaften polarisiert und zu einem verstärkten Wettbewerb zwischen rivalisierenden Ideologien geführt. Der Wahhabismus steht für die Autorität des Korans, strikten Monotheismus, die Eliminierung religiöser Innovationen und die Wiederherstellung der prophetischen Tradition. Er beansprucht absolute Gewissheit und Authentizität seiner Lehren und schreibt sich selbst eine globale und universelle Identität zu (die sich allerdings tatsächlich aus einem eindeutig saudischen kulturellen Kontext herleitet). Das befördert einen Diskurs, der auf die Reformierung anderer, „nicht-salafischer“ Muslime in ihrem Glauben und Handeln zielt. Insofern hat der Wahhabismus in manchen Gegenden zur Zerstörung lokaler islamischer Traditionen beigetragen, indem er einen diskriminierenden und konfrontativen Fundamentalismus vertritt, der dem Sufismus, Schiismus und anderen Religionen gegenüber feindselig eingestellt ist.

Insofern hat der Wahhabismus in manchen Gegenden zur Zerstörung lokaler islamischer Traditionen beigetragen,

In Indonesien spielten nach dem Kollaps von Präsident Suhartos „Neuer Ordnung“ 1998 saudisch finanzierte, salafische Institutionen eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung militant-islamistischer Gruppen und legten das Fundament für den Dschihad auf den Molukken. Im Kosovo lassen sich einem Bericht

indem er einen diskriminierenden und konfrontativen Fundamentalismus vertritt.

zufolge radikale und fundamentalistische Ansätze des Islams – wie auch die ideologischen Wurzeln der Kämpfer, die von dort zum Islamischen Staat gestoßen sind – bis zur Mitte der 1990er Jahre zurückverfolgen, als saudische Wohltätigkeitsorganisationen in der Region ihre Arbeit aufnahmen. In den späten 1970ern und den 1980ern sind von Riad aus – allerdings mit der praktischen und finanziellen Unterstützung der USA und des Westens – vier Milliarden US-Dollar als Hilfsmittel nach Afghanistan geflossen, um den Aufstand der Mudschaheddin gegen die kommunistische Regierung zu unterstützen, während saudische Wahhabi-Gelehrte den Konflikt zum internationalen Dschihad deklarierten. Dies beförderte eine transnationale Synthese von Ideen, Erfahrungen und persönlichen Verbindungen, die letztendlich zu einem Grundstein für den internationalen Terrorismus der Gegenwart geworden sind.

Es wird allgemein angenommen, dass hier auch die ideologischen Fundamente von Al-Qaida und dem Islamischen Staat liegen. Im Fall des IS hat die Übernahme saudischer Lehrbücher und der Ausrichtung des allgemeinen Lehrplans dazu geführt, dass politische Kommentatoren, IS-Theologen und ihre Online-Gemeinden das Kalifat als weitgehendes Abbild des Königreichs und Saudi-Arabien als einen IS, „der es geschafft hat“ bezeichnen.

Es ist also verlockend, eine klare, lineare Verbindung von den saudischen Förderprogrammen zum dschihadistischen Terror zu ziehen. Sicherlich kann man Riad nicht von der Mitschuld an der Gewalt freisprechen. Derartige Schuldzuweisungen basieren aber auf einem vereinfachten Verständnis extremistischer Gewalt, das weder den Forschungsstand widerspiegelt noch zu effektiven Antiterrormaßnahmen führt.

Das fängt damit an, dass die bloße Verknüpfung von Terrorgruppen mit dem Wahhabismus nicht dazu beiträgt, ihre operative Logik nachzuvollziehen. Die Rezeption der saudischen Lehren war keine Bekehrung passiver Subjekte, sondern hat eine Eigendynamik entwickelt. Die wahhabitischen Diskurse wurden in London, Kabul oder Jakarta aufgenommen, hinterfragt und in transnationalen Prozessen zu Vorstellungen weiterentwickelt, die von den ursprünglichen Sponsoren größtenteils nicht intendiert waren. „Wahhabismus“ ist zu einem

abwertenden Begriff geworden, obwohl er in Wirklichkeit eine Vielfalt an Glaubensvorstellungen und -zugehörigkeiten umfasst, die sich oft gegenseitig widersprechen oder hinterfragen. Das reicht von friedfertigen und apolitischen Überzeugungen bis hin zum salafistischen Dschihadismus.

Die bloße Verknüpfung von Terrorgruppen mit dem Wahhabismus trägt nicht dazu bei, ihre operative Logik nachzuvollziehen.

Des Weiteren verleitet der Wahhabismus oder Salafismus nicht automatisch zum Terror. Ideologien sind nicht notwendigerweise eine Vorbedingung für Gewalt, wie das Profil der europäischen Kämpfer in Syrien und beim IS nach 2013 zeigt: Eine große Mehrheit hatte einen kriminellen Hintergrund, während nur wenige überhaupt Grundkenntnisse des Islams aufweisen konnten. Wo der wahhabitische Einfluss zu Gewalt führte, wurde er oft auf bestehende Konflikte übertragen, war aber nicht selbst der Antrieb militanter Aktivitäten. Das Wiederaufleben einer politisierten Form des radikalen Islams, die sich seit den 1970er Jahren in der arabischen Welt beobachten lässt, hat nicht nur ideologische Ursachen. Es ergibt sich auch aus dem Versagen der arabischen Staatsführer, die Erwartungen ihrer Bevölkerungen zu erfüllen, und aus ihrem brutalen Vorgehen gegen Menschen, die nach einer besseren Staatsführung rufen. Wer die Gefahren „radikaler“ Ideen mit den Ursachen extremistischer Gewalt gleichsetzt, riskiert es, die Kombination aus strukturellen, individuellen und Umgebungsfaktoren zu übersehen, die im Radikalisierungsprozess eine Rolle spielen. Das beinhaltet Ideologien, ist aber nicht durch diese determiniert.

Daraus ergeben sich wichtige Implikationen für die Bekämpfung des Terrors. Wer Saudi-Arabien, und den islamischen Extremismus im Allgemeinen, zum Haupttriebwerk des Terrorismus erklärt, schafft einen Sündenbock, der es den westlichen Staaten ermöglicht, das Problem zu externalisieren und jegliche Form sozialer Introspektion zu vermeiden. Das soll nicht heißen, dass Saudi-Arabien nicht mehr tun könnte. Saudische Gelehrte sind eher zurückhaltend, wenn es um Kritik am Diskurs des Islamischen Staats geht und eine Reihe militanter Gruppen erhalten noch immer Unterstützung von privaten Geldgebern aus der Golfregion. In einer bekanntgewordenen Email aus dem Jahr 2014

schrieb die ehmalige US-Außenministerin Hillary Clinton, die Regierungen von Saudi-Arabien und Katar ließen „ISIS und anderen radikalen sunnitischen Gruppen heimlich finanzielle und logistische Unterstützung“ zuteilwerden. Riad hat Stellvertreter unterstützt, die in Syrien dem Einfluss des Irans entgegenwirken sollten, und während des Arabischen Frühlings in der ganzen Region Maßnahmen gegen den öffentlichen Aktivismus ergriffen. Das hat den Konflikt verlängert, Terrornetzwerken die Möglichkeit gegeben zu wachsen und nichtfundamentalistische Akteure radikalisiert, weil es den Einsatz konfessionell motivierter Gewalt als Mittel schmackhaft machte, externe Unterstützer für sich zu gewinnen.

Kurz gesagt gibt es sehr viele Gründe dafür, die Haltung der USA und der westlichen Staaten gegenüber Saudi-Arabien zu überdenken. Alle regionalen Akteure – und alle intervenierenden Akteure, von der Türkei über Russland bis zu den westlichen Staaten selbst – müssen nachdrücklich aufgefordert werden, ihre Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen zu beenden und den destruktiven Einfluss des staatlich unterstützten Wettbewerbs zwischen den Konfessionen abzumildern. Statt sich an der wahhabitischen oder salafischen Ideologie abzuarbeiten, sollten Länder, die sich Sorgen um die Radikalisierung machen, ihre Ressourcen in die Erforschung der Faktoren investieren, die Individuen aus der eigenen Gesellschaft für extremistische Inhalte empfänglich machen, ihre Gewaltbereitschaft erhöhen, und sie für Rekrutierungsbemühungen terroristischer Gruppierungen zugänglich machen.



Emily Winterbotham
London

Emily Winterbotham ist Forschungsbeauftragte beim Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI). Den Fokus ihrer Arbeit legt Winterbotham auf Extremismus, Radikalisierung und die geopolitischen Beziehungen in Asien. Sie gilt als Expertin für Friedensförderung, speziell in Afghanistan und Pakistan.



Michael Jones

London

Michael Jones ist Forschungsbeauftragter am Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI). Er beschäftigt sich mit Terrorismus, Extremismus und Aufständen, besonders in der Sahelzone und Ostafrika. Zuvor war er in Kenia und am Institute of Islamic Strategic Affairs als Leiter des Afrika-Programms tätig.